

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Liberaler Stammtischrunde in Weißenthurm

Zur gemeinsamen Stammtischrunde trafen sich Mitglieder und Freunde der FDP aus der Verbandsgemeinde Weißenthurm sowie aus den Stadtverbänden Bendorf und Vallendar am Donnerstag, 22. Februar im Hotel "Kaiser" in Kettig. Auch die Kreisvorsitzende Susanne Rausch-Preißler konnte als Gast begrüßt werden.



Nach dem Abschluss der Verhandlungen und Einigung der beiden großen Parteien zur

Bildung einer erneuten Koalition auf Bundesebene war dies natürlich ein Hauptthema des Abends. Zufriedenheit herrschte bei den meisten Teilnehmern darüber, dass die eigene Partei eine Politik, wie hierbei vereinbart, in den nächsten Jahren nicht vor den Wählern vertreten und rechtfertigen muss, sondern freiwillig in die Rolle der Opposition gegangen ist.

Wirklich wichtige und dringende Vorhaben seien im vorliegenden Koalitionsvertrag unberücksichtigt geblieben und letztlich habe, so ein Sprecher, neben den Ministerposten nur noch der Zwang zur Einigung im Mittelpunkt gestanden. Zum Thema Finanzen habe man sich ins Fahrwasser der EZB begeben, etwa nach dem Motto "Geld kann man ja drucken". Für den Steuerzahler, den Unternehmer, den berufstätigen Menschen werde es wohl eine teure Zukunft werden, wie es ja eine Dame aus einer beteiligten Fraktion bereits offen angekündigt hat. So würden die Rücklagen zur Alterssicherung und auch die Sparguthaben der Bürger zur Wahrung von Ideologien schleichend enteignet. Dies alles sei mit liberalen Grundwerten nicht vereinbar und die FDP werfe diese und ihre Versprechungen nicht über Bord, um anderen ihre Pfründe zu sichern.

Auch die jüngste Forderung des Bezirksvorsitzenden der Liberalen, Alexander Buda, nach Rücktritt der Integrationsministerin in Mainz, Anne Spiegel (Grüne), war Gegenstand einer Diskussion. Zwar stehe man zur Koalitionsdisziplin aber hält es auch für dringend notwendig und angebracht, dass aus der Basis der FDP heraus Kritik am Fehlverhalten von Frau Spiegel aufgezeigt und angeprangert wird.



FDP Bendorf gratuliert der neuen Bundestagsabgeordneten Weeser



Der FDP-Stadtverband Bendorf gratulierte der im September 2017 in den Bundestag gewählten Abgeordneten Sandra Weeser, die die Liberalen zukünftig in dem wichtigen Ausschuss „Wirtschaft und Energie“ vertreten wird. Sie kann dort einerseits ihre langjährigen Erfahrungen aus mittelständischen Betrieben ebenso einbringen wie die Kenntnisse, die sie bei Auslandseinsätzen in Frankreich bzw. den USA erworben hat und andererseits an ihre Tätigkeit als Vizepräsidentin der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord anknüpfen, wo sie unter anderem mit Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen befasst war. Besonders erfreut zeigten sich der Stadtverbandsvorsitzende Günther Bomm und Stadtratsmitglied Herbert Speyerer, dass Frau Weeser aus dem Kreisverband Altenkirchen, die auch stellvertretende Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz ist, weiterhin ihr Interesse an der Entwicklung der Stadt Bendorf bekundet hat. Vor einem Jahr hatte sie deshalb hier eine ganztägige Bereisung durchgeführt, bei der neben einem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt im Beisein von Bürgermeister Kessler ein Rundgang über das Areal der Sayner Hütte und in der Innenstadt auch Besuche im Schloss Sayn und im Industriehafen sowie Gespräche mit Firmeninhabern und Einzelhändlern auf dem Programm standen. Danach hat sie bei Firmenbesuchen, z.B. dem Paketversender UPS und durch ihre Teilnahme an den Bendorfer Wirtschaftstagen untermauert, dass ihr die zukünftige Gestaltung Bendorfs am Herzen liegt.

Der enge freundschaftliche Kontakt zum hiesigen Stadtverband drückt sich auch darin aus, dass Frau Weeser die Einladung von Günther Bomm zur Teilnahme am 175jährigen Jubiläum der Schützengesellschaft Sayn 1843 e.V. am Festkommers am 18. August gerne angenommen hat.



FDP-Bezirksfürst stellt sich gegen Spiegel

Ursula Samary 15.02.2018, 18:39 Uhr zuletzt aktualisiert: 18:50 Uhr

Der Koblenzer FDP-Bezirksvorsitzende Alexander Buda hat sich als erster Politiker aus den Reihen der Ampelparteien gegen Integrationsministerin Anne Spiegel (Grüne) gestellt. „Die Forderung nach dem Rücktritt von Integrationsministerin Anne Spiegel ist mehr als berechtigt“, verkündet er am politischen Aschermittwoch. Dabei hat er aber eher intern und nicht vor größerem Publikum auf den Putz gehauen, wie auf Nachfrage von ihm zu erfahren ist. Allerdings ist sich Buda seiner (gewollten) Aufmerksamkeit bewusst, wie im Gespräch mit unserer Zeitung deutlich wird.



Der Liberale, der nach den Landtagswahlen 2016 als Lautsprecher der Neuwieder Ampelrebelln bekannt wurde, gibt sich überzeugt, dass die grüne Ministerin den „Ampelfrieden bedroht“. Im Umfeld des FDP-Landesvorsitzenden und Wirtschaftsministers Volker Wissing wird dies aber eher mit Kopfschütteln quittiert.

Buda beruft sich bei seinem Angriff auf Spiegel auf die deutliche Kritik des Präsidenten von Verfassungsgerichtshof und Oberverwaltungsgericht, Lars Brocker. Der hatte Spiegel vorgeworfen, dass sie Gerichtsentscheidungen umdeute. Das ist für Buda die Vorlage für seine Worte: „Wenn eine Ministerin in mehreren Fällen Gerichtsurteile nicht beachtet oder uminterpretiert, dann ist dies für die FDP als Rechtsstaatspartei untragbar“, erklärt der Vorsitzende im Bezirk, in dem im März wieder Wahlen anstehen. Deshalb schließen Budas Kritiker nicht aus, dass sein Wort zum Aschermittwoch auch Wahlkampf pur sein könnte.

Mit einem Paukenschlag ist Buda im Bezirk Anfang Juni 2016 ins Amt gekommen. Nicht gerade zur Freude von FDP-Landeschef Wissing und anderen Spitzenliberalen hat er es damals geschafft, Justizminister Herbert Mertin an der Spitze des Verbands abzulösen. Seitdem ist es öffentlich leise um den Liberalen geworden. Jetzt aber macht er wieder von sich reden.

Dabei sekundiert der Koblenzer FDP-Kreisvorsitzende David Hennchen: „Die Verteidigung richterlicher Unabhängigkeit sowie die Einhaltung der Gewaltenteilung sind nicht nur von höchstem Wert in der Gerichtsstadt Koblenz.“ Die Ministerin müsse ihre ideologische Brille absetzen. Die beiden FDP-Vertreter werfen Spiegel vor, dass sie „AfD und Rechtspopulisten starkmacht“, wenn sie sich bei Abschiebungen nicht an Recht und Gesetz halte. Buda sieht FDP und SPD gefordert, „auf den grünen Koalitionspartner einzuwirken, um hier klar die gemeinsame Position pro Rechtsstaat zu vertreten“.

Doch: Für die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Monika Becker, ist eine Rücktrittsforderung an Spiegel „in der gesamten Fraktion kein Thema“. Sie kommt aus diesem nördlichen FDP-Verband, war aber bei dem internen Treffen, bei dem Buda sich gegen Spiegel stellte, nicht dabei. Die Abgeordnete des Bezirks betont auch, dass Buda „nicht für den ganzen Bezirksverband sprechen kann, schon gar nicht für den Landesverband“. Die aus dem Rhein-Lahn-Kreis stammende Becker fühlt sich von Budas Pressemitteilung nicht vertreten. „Und ich bin mir sicher, ich bin nicht die Einzige, die so denkt.“ Eine entsprechende Beschlusslage des Bezirks für die weitreichende Forderung gebe es auch nicht.

Dass sich die Liberalen in Mainz zu sehr an „strenge Fraktionsdisziplin halten“, das ärgert Buda allerdings auch mächtig, wie er unserer Zeitung sagt. Danach gefragt, wie viele Liberale denn seine Position teilen, erklärt er, dass er „an der Basis der FDP gut vernetzt ist“. Da brodele es. Allerdings auch deshalb, weil nicht alle im Bezirk mit Budas Stil einverstanden sind, wie immer wieder zu vernehmen ist.

Aus Mainzer Fraktions- und Regierungskreisen ist bislang jedenfalls nicht durchgedrungen, dass trotz manchen Frusts über Spiegels Politik ihr Rücktritt gefordert wird – laut schon gar nicht. Allerdings hat Justizminister Mertin sie kürzlich abblitzen lassen, als sie im Kabinett mit Grünen-Fraktionschef Bernhard Braun gefordert haben soll, dass er sich nach Brockers Schelte öffentlich schützend vor seine Kabinettskollegin stellt. Da hat Mertin sie offenbar nur kühl wissen lassen, er sei ja auch nicht eingeschritten, als er in Briefen aufgefordert worden sei, wegen Entscheidungen ihres Ministeriums bei ihr zu intervenieren.



Intern deutliche Hinweise, ansonsten gut zusammenarbeiten – dies ist bisher der Stil der Ampelregierung. Ob Buda da im Koblenzer FDP-Bezirk eine andere Lawine lostreten kann?

Grüne reagieren in Mainz nicht auf die Provokation aus dem Norden

Spiegels Ministerium äußert sich jedenfalls nicht seiner Forderung. Auch andere Grüne halten den Ball eher flach. Die integrationspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Katharina Binz, geht auf Budas Angriff nicht ein. Sie sagt aber, dass Ministerin Spiegel im Integrationsausschuss „erneut ihre Wertschätzung für die hervorragende Arbeit der Justiz“ betont habe. In keinem der derzeit diskutierten Einzelfälle habe sie Entscheidungen von Verwaltungsgerichten missachtet. Nach der Lesart der Abgeordneten Binz habe sich das Ministerium bei seinem Handeln auf Umstände bezogen, „die nicht Gegenstand der verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen waren“.

Von unserer Chefreporterin Ursula Samary

Leserbrief von Karl-Otto Hahn vom 22. Februar 2018

Die erneute Abfuhr, die das Koblenzer Verwaltungsgericht der Integrationsministerin Spiegel gerade erteilte, muss Wasser auf die Mühlen des FDP-Bezirksvors. Buda sein, der deren Rücktritt vor wenigen Tagen forderte. Noch haben die GRÜNEN das Handeln selbst in der Hand tätig zu werden und sich von ihrer höchst umstrittenen Ministerin zu befreien, bevor der Druck von außen so stark wird, dass ihnen keine Wahl bleibt.

Eine Ministerin, die selbst die Judikative gegen sich aufgebracht hat, hat schlechte Karten für ihre noch über 3 Jahre dauernde Amtszeit.

Die notwendige Erneuerung bleibt aus



Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition steht. In dem Vertrag vermisst FDP-Chef Christian Lindner wichtige Weichenstellungen für die Zukunft. "Überall stellt man sich darauf ein, dass sich die Welt verändert, nur in Deutschland gilt die Methode Merkel: Weiter so!", kritisiert er im Interview mit der Funke Mediengruppe. Die Union sei bereit gewesen, der Sozialdemokratie alles zu geben, um das Kanzleramt zu erhalten: "Schlüsselressorts, aber auch wichtige inhaltliche Positionen." Im Ergebnis bedeutet dies: Die Erneuerung Deutschlands ist "in dieser Wahlperiode, in diesen Konstellationen und mit dieser

Kanzlerin offenbar leider nicht möglich".

Es gebe zwei große Verlierer der Verhandlungen: "Die CDU – und die Menschen der arbeitenden Mitte in Deutschland, die keinerlei Entlastung erfahren werden." Die vereinbarte Rentenpolitik werde die Beitragszahler massiv belasten und den Bundeshaushalt in eine enorme Risikolage bringen, mahnt Lindner. "In der Europapolitik wird die Linie von Wolfgang Schäuble verlassen", fügt er hinzu. Stabilitätsregeln würden aufgeweicht und neue Transfers in Schuldenstaaten vorbereitet. "Bildung, Digitalisierung, Einwanderung – alles bleibt hinter dem zurück, was möglich und notwendig wäre", resümiert der FDP-Bundesvorsitzende.

Aber auch mit Blick auf die enttäuschende Bilanz der schwarz-roten Koalitionsverhandlungen besteht für Lindner kein Zweifel, dass das Beenden der Jamaika-Gespräche eine richtige Entscheidung war. Beim Bildungsföderalismus wollten Union und SPD die Tür immerhin einen Spalt öffnen. Weder eine Lockerung des Kooperationsverbots in der Bildung noch eine Einigung auf realistische Klimaziele sei mit den Grünen möglich gewesen. Und insgesamt wolle er nicht so sein wie Noch-SPD-Chef Martin Schulz, "der jede Woche etwas anderes sagt und jetzt sogar in das Kabinett von Angela Merkel eintritt, obwohl er das kategorisch ausgeschlossen hatte", betont Lindner. "Die FDP will Trendwenden in Deutschland erreichen – und sie steht zu ihrem Wort."

Schauen wir
nach vorn.Freie
DemokratenStadtverband
Bendorf **FDP****NEUES DENKEN VORANBRINGEN
STATT „GROKO-WEITER-SO“.****EINE NEUE
GENERATION
DEUTSCHLAND.**
#NEUGENERATION

Die Welt ist im Wandel. Auch Deutschland steht vor großen Veränderungen. Neue Herausforderungen verstehen wir als Chancen. Nutzen wir sie. Nehmen wir die Aufgabe an, durch weltbeste Bildung die Menschen bestmöglich zu qualifizieren. Nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. Seien wir mutig und ambitioniert. Stärken wir die Bürger und alle Beschäftigten – lassen wir sie an der Wohlstandsentwicklung von heute und morgen partizipieren. Sorgen wir für eine faire Balance zwischen Bürger und Staat und führen die Steuer- und Abgabenlast für alle zurück. Machen wir den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme flexibel.

Unser Wohlstand von morgen braucht Modernisierung bereits heute. Die Chance zur Erneuerung wird von der großen Koalition leider nicht ergriffen. Es gibt ein Heimat-, aber kein Digitalisierungsministerium. Das zeigt: Den Koalitionspartnern fehlt es an Mut und neuen Impulsen für ein modernes Land. Die GroKo macht einfach „weiter so“ – ohne Aufbruch, ohne ambitioniertes Ziel. Wir Freien Demokraten wollen unser Land erneuern, mehr Vertrauen in den einzelnen Menschen setzen und den Wandel durch Digitalisierung und Globalisierung beherzt anpacken:

Trendwende für weltbeste Bildung einleiten.

Unsere Schulen müssen endlich in das Zeitalter der digitalen Bildung geführt werden. Der Bund muss dabei auch die Lehreraus- und -weiterbildung fördern können. Denn weltbeste Bildung braucht weltbeste Lehrer. Mit dem Kooperationsverbot bleiben dem Bund allerdings die Hände gebunden und eine Trendwende zur weltbesten Bildung bleibt aus.

Mehr Mut bei der Digitalisierung zeigen.

Der digitale Fortschritt muss ambitionierter und mit mehr Gestaltungswillen vorangebracht werden. Die GroKo verspricht schnelles Internet für alle – allerdings bis 2025. Im Hinblick auf den rasanten digitalen Wandel ist das deutlich zu langsam. Auch ist mehr Geld für den Breitbandausbau notwendig, als von der GroKo eingeplant. Die Frage eines modernen Datenrechts schiebt die Koalition auf eine Expertenkommission. Auch bei der Schaffung guter Rahmenbedingungen für digitale Geschäftsmodelle braucht es mehr Mut.

Bürger spürbar entlasten.

Wir wollen eine faire Balance zwischen Bürger und Staat. Dazu gehört die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Mit der GroKo wird die Steuer- und

Abgabenlast aber weiter steigen. Eine breite Entlastung der Mitte fällt in den kommenden Jahren aus. Stattdessen drohen höhere Beiträge bei den Sozialversicherungen.

Rente zukunftssicher gestalten.

Wir müssen den Generationenvertrag neu beleben und die Rente enkelfit machen. Wir brauchen einen flexiblen Renteneintritt passend zum modernen Erwerbsleben. Die GroKo will hingegen an starren Altersgrenzen festhalten und viel Geld für Rentengeschenke ausgeben – ohne die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft anzupacken. Das müssen künftige Generationen bezahlen.

Einwanderungspolitik klar regeln.

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz mit einem geregelten Familiennachzug für Härtefälle und Menschen, die durch Arbeit ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Der Koalitionsvertrag lässt aber gerade in Sachen Familiennachzug keine klare Haltung erkennen. Das Modell „Zuzug von 1.000 Menschen im Monat“ ist Willkür und kein Konzept.

Stabilität in Europa schaffen.

Wir wollen ein Europa, in denen die Grundsätze der Stabilität und Eigenverantwortung gelten. Denn dies ist die Grundvoraussetzung für eine starke Gemeinschaft. Die GroKo macht hingegen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eine Transferkasse für die Kommission. Mit dem so geplanten Europäischen Währungsfonds (EWF) wird die finanzpolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten ausgehebelt. Zukünftig haften auch deutsche Steuerzahler für unsolide Finanzpolitik in anderen Teilen Europas.

Mit der GroKo bekommt Deutschland eine Regierung, die wesentliche Zukunfts- und Konfliktfragen vertagt. Jamaika wäre aber nicht besser gewesen. Denn ob CDU, CSU, SPD oder Grüne: Keiner ist bisher bereit, den Menschen wieder mehr Freiraum zu geben, Bildung und Digitalisierung Priorität einzuräumen und die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu stärken.

Wir Freie Demokraten nehmen die Aufgabe an, jetzt mehr denn je für die Modernisierung des Landes einzutreten. Wir kämpfen für neues Denken und eine neue Generation Deutschland.

Freie
Demokraten
FDP

Impressum: Freie Demokratische Partei (a.V.), vertreten durch Marco Manderf (NLS.d.P.),
Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin, info@fdp.de, Tel. 030 28458-0 / Vereinarang.-Nr.: 139994NzAS, AG Charlottenburg, Stand: Februar 2018

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**

Neues Denken statt GroKo-Stillstand

Unsere diesjährige Dreikönigskundgebung stand unter dem Motto "Eine neue Generation Deutschland". Die Politik muss die großen Herausforderungen der Zukunft aufgreifen, statt Konfliktthemen nur mit Geld zuzuschütten. Der Koalitionsvertrag der angehenden Großen Koalition verheißt jedoch nur ein ambitionsloses "Weiter so". Wichtige Weichenstellungen für den künftigen Wohlstand Deutschlands bleiben aus.

Für eine echte Erneuerungsagenda

Im Koalitionsvertrag findet sich keine Trendwende zur weltbesten Bildung, keine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus. Notwendig sind spürbare Entlastungen und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, stattdessen wird unter Schwarz-Rot die Steuer- und Abgabenlast weiter steigen. Statt Flexibilisierung und Investitionen in Deutschlands künftige Wettbewerbsfähigkeit gibt die Große Koalition Geld für Rentengeschenke auf Kosten der jüngeren Generationen aus. Mit der Abkehr von Stabilität und Eigenverantwortung in der Eurozone dürften deutsche Sparer künftig für unsolide Finanzpolitik in anderen Teilen einer europäischen Transferunion haften. Und im kritischen Bereich der Asylpolitik lässt der Koalitionsvertrag etwa beim Familiennachzug keine klare Haltung erkennen.

Mit der GroKo bekommt Deutschland eine Regierung, die wesentliche Zukunftsfragen vertagt und jegliche Prinzipientreue vermissen lässt. Dieser Entwicklung werden wir Freie Demokraten als konstruktive Oppositionskraft entgegentreten. Die FDP will Trendwenden in Deutschland erreichen – und sie steht zu ihrem Wort. Wir nehmen die Aufgabe an, jetzt entschlossener denn je für eine echte Erneuerungsagenda und die Modernisierung des Landes einzutreten.

Beschluss

Politik neu denken –
auf Innovation kommt es an.

1. Grundlagen für weltbeste Bildung
2. Innovation und Forschung voranbringen
3. Deutschland digital machen
4. Einwanderung klar regeln
5. Ein Europa der Chancen
6. Wirksamer Klimaschutz durch Wettbewerb
7. Unternehmen im Wettbewerb stärken
8. Faire Steuern und Abgaben für Bürger
9. Bürgerrechte stärken
10. Modernes Rentensystem mit flexiblem Eintritt



Bundesregierung plant kalte Enteignung von Millionen Autofahrern 26.02.2018

Am Dienstag will das Bundesverwaltungsgericht über die Zulässigkeit von Diesel-Fahrverboten entscheiden. Jetzt wird eine Initiative des Verkehrsministeriums bekannt, diese teils einzuführen. Die Freien Demokraten reagieren mit heftiger Kritik auf die Pläne der Bundesregierung, wonach Städte und Gemeinden künftig Fahrverbote für Diesel aussprechen dürfen. Die Pläne seien eine "kalte Enteignung von Millionen Autofahrern", sagt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Oliver Luksic. Er wertet es zudem als Eingeständnis von Union und SPD, beim Diesel-Skandal versagt zu haben."



Viele Menschen hätten in gutem Glauben Diesel-Autos gekauft und "dürfen jetzt die Suppe auslöffeln, die ihnen die Bundesregierung und die Autohersteller eingebrockt" haben. Ihre Fahrzeuge würden weiter an Wert verlieren und könnten in vielen Großstädten nicht mehr genutzt werden. "Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung waren rein aktionistisch, an einer Nachrüstung von Diesel-Autos auf Kosten der Autobauer führt kein Weg vorbei", sieht er vor allem die Hersteller in der Pflicht: "Nur die Diesel-Nachrüstung sorgt für weniger Emissionen und verhindert Wertverminderung von Diesel-Autos".

Schon zuvor hat FDP-Chef Christian Lindner die möglichen Diesel-Fahrverbote als "ideologisch motivierte Enteignungen" bezeichnet. Die Luft in den Städten sei bereits deutlich sauberer geworden. "In den nächsten Jahren kann sie durch technologischen Fortschritt weiter verbessert werden." Umweltschutz und Mobilität seien heute kein Widerspruch mehr, wenn man innovative Lösungen suche, sagte Lindner der Deutschen Presse-Agentur. "Statt Verbote brauchen wir smarte Verkehrskonzepte, moderne saubere Antriebe und autonomes Fahren."

Hintergrund

Die Debatte über Fahrverbote nimmt an Fahrt auf: Am Montag ist in Bonn ein Treffen von Vertretern der Bundesregierung und fünf "Modellstädten" für sauberere Luft vorgesehen, die ebenfalls Teil der Vorschläge an die EU-Kommission sind. Um Diesel-Beschränkungen geht es auch am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das an diesem Dienstag ein mit Spannung erwartetes Urteil zu Fahrverboten verkünden will. Zentral geht es um die Frage, ob Städte Verbote nach geltendem Recht eigenmächtig anordnen können - oder ob es neue, bundeseinheitliche Regeln geben muss. Dahin entfällt die Nachricht, dass die Bundesregierung zu neuen Fahrbeschränkungen für Dieselfahrzeuge bereit ist, um die Luft in deutschen Städten sauberer zu machen. Kurz vor dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wurden am Wochenende Vorbereitungen des Verkehrsministeriums für mögliche "streckenbezogene Verkehrsverbote oder -beschränkungen" bekannt.

Diesel-Fahrverbote wären ideologisch motivierte Enteignungen

In dem Streit über Stickoxid-Grenzwerte entscheidet am Donnerstag das Bundesverwaltungsgericht über Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Für die Freien Demokraten wären das ideologisch motivierte Enteignungen. FDP-Chef Christian Lindner sagte der Deutschen Presse-Agentur, die Luft in den Städten sei bereits deutlich sauberer geworden. "In den nächsten Jahren kann sie durch technologischen Fortschritt weiter verbessert werden." Die Freien Demokraten sind der Meinung: Fahrverbote lösen die Probleme nicht. Sie wollen stattdessen Mobilität neu denken.

Umweltschutz und Mobilität seien heute kein Widerspruch mehr, wenn man innovative Lösungen suche, so Lindner. "Statt Verbote brauchen wir smarte Verkehrskonzepte, moderne saubere Antriebe und autonomes Fahren." Nach Ansicht der Freien Demokraten lassen sich ökologische und ökonomische Ziele am besten durch Technologieoffenheit realisieren. Elektromobilität, neue Antriebstechnologien oder neue Kraftstoffe – sie alle können eine wichtige Rolle in der Mobilität der Zukunft spielen. Zur Förderung der Elektromobilität brauche es aber die notwendige Ladeinfrastruktur. Gleichzeitig sollten auch die Verbrennungsmotoren ökologisch verbessert werden. Statt des derzeit diskutierten kostenlosen ÖPNV – wirbt die FDP darüber hinaus für eine smarte Verkehrslenkung und einen modernen öffentlichen Nahverkehr.



Sieben Fakten zu Diesel-Fahrverboten

Städte dürfen Diesel-Fahrverbote verhängen: Wie das aussehen könnte, wen es betrifft und was das für Autohändler heißt - Autoexperte Prof. Ferdinand Dudenhöffer beantwortet die wichtigsten Fragen. (Quelle: t-online.de)

Der Ruf des Diesels hat schwer gelitten – und nun drohen Dieselfahrern auch noch Einschränkungen, wenn sie durch deutsche Innenstädte fahren wollen.

Seit im Abgas-Skandal herauskam, dass viele Diesel mehr Stickoxide ausstoßen, als sie sollten, beschäftigt das gesundheitsschädliche Gas Autofahrer, Autobauer, Gerichte und Politiker.

Es scheint immer wahrscheinlicher, dass bald die ersten Städte Straßen für ältere Diesel sperren, um die Luft sauber zu bekommen. Fahrverbote für unsaubere Dieselaautos dürfen ausgesprochen werden, wie vom Bundesverwaltungsgericht entschieden wurde. Das Wichtigste im Überblick:

1. Wen es treffen würde, ist offen.

Klar ist, dass Benziner mit Stickoxiden keine Probleme haben. Denkbare wäre, in bestimmten Straßen gar keine Diesel zuzulassen oder nur solche, die der neuen EU-Abgasnorm Euro 6d entsprechen. Das wäre allerdings kaum zu kontrollieren, wenn es keine Kennzeichnung, etwa eine "blaue Plakette", gäbe.

Die bisherigen Umweltzonen mit den roten, gelben und grünen Plaketten zur Feinstaubreduzierung sehen Ausnahmen vor – etwa für Traktoren, Krankenwagen oder Oldtimer.

2. Wo es Fahrverbote geben wird, ist offen.

Die Rede ist bei der Bundesregierung von "streckenbezogenen" Beschränkungen in Gebieten, in denen Grenzwerte gerissen werden. Das könnten also einzelne Straßen oder Straßenabschnitte sein. Umweltschützer befürchten, dass vor allem um die Messstellen herum die Luft sauberer werden soll – dann hätte Deutschland vielleicht kein Problem mehr mit der EU, den Stadtbewohnern wäre aber nicht geholfen.

Andererseits sind die Messstellen nicht willkürlich verteilt, sondern nach festen, ziemlich komplizierten Regeln, damit sie möglichst repräsentative Ergebnisse liefern.

40 µg/m³ Stickstoffdioxid sind höchstens erlaubt. Auf unserer Karte finden Sie die Stickstoffdioxid-Belastungen in den wichtigsten deutschen Großstädten:

3. Dutzende Städte kommen in Frage.

Messstellen in München, Stuttgart und Köln wiesen die schlechtesten Werte 2017 aus. Zu den 37 Städten, deren Grenzwertüberschreitung für 2017 schon jetzt sicher ist, gehören aber auch kleinere, etwa Reutlingen, Heilbronn, Darmstadt, Limburg an der Lahn oder Tübingen. Die Werte hat das Umweltbundesamt veröffentlicht.

4. Die rechtliche Grundlage ist kompliziert.

Wer Fahrverbote auf welcher Grundlage erlassen kann, ist bisher unklar. Nun hat die Bundesregierung angekündigt, über die Straßenverkehrsordnung eine Regelung zu schaffen "zur Anordnung von streckenbezogenen Verkehrsverboten".

Kommunen und Umweltschützer dagegen wollen eine "blaue Plakette" als bundesweite Kennzeichnung relativ sauberer Autos. Das lehnt die Bundesregierung bisher ab.

5. Die Luft ist sauberer geworden.

Die neueste Dieselgeneration ist sauberer, die Städte tun schon einiges für ihre Luft, Software-Updates verbessern die Abgasreinigung von Millionen Autos und der Dieselanteil bei Neuwagenkäufen ist deutlich zurückgegangen.

All das zeigt Wirkung. An vielen Messstationen sind die Stickoxidwerte 2017 deutlich niedriger ausgefallen als 2016, wie das Umweltbundesamt auflistet. Nur: Es reicht eben noch nicht. Schätzungen zufolge dürften 70 Kommunen weiterhin zu hohe Werte haben, noch liegen nicht alle Daten vor.

6. Die Gesundheitsgefahr ist real.

Experten des Umweltbundesamts haben viele Studien zur Gefahr von Stickoxiden ausgewertet. Trotz einer nach eigenen Angaben sehr vorsichtigen Rechnung kam heraus: Mindestens 6.000 Menschen im Jahr sterben in Deutschland vorzeitig alleine an Herz-Kreislauf-Krankheiten, die von Stickoxid ausgelöst werden.

Wissenschaftler gehen davon aus, dass auch Schlaganfälle, Lungenerkrankungen wie Asthma oder COPD sowie Diabetes durch Stickoxide ausgelöst oder verschlimmert werden können. Die EU, die anders rechnet, geht von 10.400 vorzeitigen Todesfällen aus.

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**

7. Hardware-Nachrüstungen sind nicht vom Tisch.

Bisher lassen die Autobauer nur neue Software aufspielen, um die Abgasreinigung zu verbessern – neue Bauteile lehnen sie als ineffizient ab. Spannend ist, was in einem Gutachten für eine Expertengruppe unter Leitung des Verkehrsministeriums dazu steht.

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD Hardware-Nachrüstungen an zwei Bedingungen gekoppelt: Sie müssten "technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar" sein. Ersteres dürfte klar zu beantworten sein – das zweite ist wohl eher eine Ermessensfrage.

Mobilität neu denken



Städte können grundsätzlich Fahrverbote für Diesel-Autos zur Luftreinhaltung verhängen, allerdings mit Einschränkungen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Wir Freie Demokraten meinen: Deutschland muss mobil bleiben – ohne Fahrverbote. Für saubere Luft in den Städten wollen wir Mobilität neu denken. Wir Freie Demokraten wollen den ökologisch und ökonomisch überzeugendsten Weg gehen, der die Gesundheit und Arbeitsplätze der Menschen im Blick hat. Das ist unsere Zukunftsstrategie für ein mobiles Land. Fahrverbote in den Innenstädten sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund sinkender Stickstoffdioxidmesswerte der falsche Weg.

Wir meinen: Die aktuellen Debatten um Fahrverbote und einen kostenlosen ÖPNV sind realitätsfern, nicht zielführend und enthüllen politische Hilflosigkeit. Wir brauchen daher mehr Mut für eine neue Mobilität. Ökologische und ökonomische Ziele lassen sich am besten durch Technologieoffenheit realisieren. Elektromobilität, neue Antriebstechnologien oder neue Kraftstoffe – sie alle können eine wichtige Rolle in der Mobilität der Zukunft spielen. Eine „Entweder-oder-Politik“ ist der falsche Weg. Zur Förderung der Elektromobilität brauchen wir die notwendige Ladeinfrastruktur. Gleichzeitig sollten wir die Verbrennungsmotoren ökologisch verbessern. Statt eines kürzlich diskutierten kostenlosen ÖPNV – dessen Finanzierung unklar ist – brauchen wir eine smarte Verkehrslenkung und einen modernen öffentlichen Nahverkehr.

[#Fahrverbote](#) sind falscher Weg. Seit Jahren haben Politik und Verwaltung den Bürgern und Betrieben die Anschaffung von Dieselfahrzeugen fast aufgedrängt. Wenn ihre Nutzung jetzt verboten wird, dann ist das kalte Enteignung und Wortbruch in einem. CL [#Dieselfahrverbote](#)